



Landkreis Zwickau

Robert-Müller-Str. 4-8

08056 Zwickau

Teilnahmeantrag zum Teilnahmewettbewerb

**Gigabitausbau im Graue-Flecken Programm
für den Landkreis Zwickau
Cluster 1**

Informationen zum Teilnahmewettbewerb

Verfahrensart:

Verhandlungsverfahren nach KonzVgV

Konzessionsgeber

Landkreis Zwickau,
vertreten durch den Landrat Carsten Michaelis,
Robert-Müller-Str. 4-8
08056 Zwickau

**Einreichungstermin des
Teilnahmeantrages:**bis zum **2. September 2025** (Ortszeit: **09:00 Uhr**)**Einreichung des Teilnahme-
antrages:**

Die Einreichung der Teilnahmeanträge muss **ausschließ-
lich elektronisch in Textform** über die Vergabeplattform
RIB eVergabe (www.vergabe.rib.de) erfolgen.

Wichtig: Eine schriftliche Einreichung der Teilnahmeanträge
(per Post oder Boten) sowie eine Übersendung des Teilnah-
meantrags per E-Mail oder Telefax genügt nicht den formalen
Anforderungen der E-Vergabe und führt zum Ausschluss des
entsprechenden Teilnahmeantrags!

Eine Einreichung des Teilnahmeantrags über die "Bieter-
kommunikation", o. ä. ist nicht zulässig!

**Teilnahmebedingungen
(Auszug):**

- Teilnahmebedingungen gemäß EU-Bekanntmachung zum Vergabeverfahren 1462-2025-1035-VV (Plattform: www.vergabe.rib.de) vom 29. Juli 2025 (Tag der Absendung)
- Bewerbung mit vollständig ausgefülltem Teilnahmeantrag und den darin geforderten Unterlagen.
- Verspätet eingereichte Bewerbungen und Angebote werden nicht gewertet.
- Für den Teilnahmeantrag soll das vorliegende Formular verwendet werden.
- Der Teilnahmeantrag muss in deutscher Sprache abgefasst werden.
- Für die Einhaltung der Textform müssen eingereichte Unterlagen lesbar und unter eindeutiger Benennung der Person, die die Erklärung abgibt, erfolgen. Eine elektronische Signatur ist nicht erforderlich.

Teilnahmeerklärung

Ich bewerbe mich/ Wir bewerben uns hiermit um die Teilnahme an der vorbenannten EU-weiten Ausschreibung zum Vergabeverfahren 1462-2025-1035-VV (Plattform: www.vergabe.rib.de) **Gigabitausbau im Graue-Flecken Programm für den Landkreis Zwickau – Cluster 1** vom **29. Juli 2025** (Tag der Absendung) des Landkreises Zwickau.

Der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft erklärt,

- sämtliche in diesem Verfahren von des Landkreises Zwickau und dessen Beratern mündlich oder schriftlich mitgeteilte Daten, Fakten und Informationen gemäß den Verfahrensbedingungen **vertraulich** zu behandeln und diese Daten, Fakten und Informationen nur zum Zwecke der Teilnahme in diesem Verfahren und im Falle der Zuschlagserteilung zur Konzessionsdurchführung zu verwenden und Dritten nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Konzessionsgebers zur Verfügung zu stellen.

Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind bereits bekannte oder öffentlich zugängliche Informationen. Weiterhin gilt die vorstehende Verpflichtung nicht, wenn der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zur Weitergabe der Daten, Fakten und Informationen durch Gesetz oder behördliche Anordnung verpflichtet ist oder eine Weitergabe an von Berufs wegen zur Verschwiegenheit verpflichtete Berater (z. B. Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer) des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft erfolgt.

- dem Landkreis Zwickau für Schäden zu haften, die ihm aus einer unberechtigten Weitergabe von Daten, Fakten und Informationen entstehen und den Landkreis Zwickau von jeglichen Verpflichtungen, die ihr durch eine unberechtigte Weitergabe von Daten, Fakten und Informationen entstehen, freizustellen.
- dass er/ sie die in Ziffer V. des 1. Verfahrensbriefes beschriebene Datenverarbeitung einwilligt und dafür Sorge getragen hat, dass die in seiner/ ihrer Sphäre Betroffenen entsprechend aufgeklärt werden und ggf. erforderliche Einwilligungen eingeholt wurden bzw. werden.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden¹

¹ Im elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die Textform (Angabe des Namens des Erklärenden) die händische Unterschrift. Der bzw. die Erklärenden müssen vertretungsberechtigt sein und die Angebote bzw. Erklärungen in vertretungsberechtigter Anzahl abgeben. Zur Vertretung berechtigt sind z. B. Inhaber oder Organe von Gesellschaften (z. B. Geschäftsführer, Vorstand) oder entsprechend bevollmächtigte Vertreter. Ist die Vertretungsberechtigung nicht aus öffentlichen Registern (z. B. Handelsregister) ersichtlich, ist dem Angebot ein entsprechender Nachweis der Vertretungsberechtigung (z. B. Vollmacht) beizufügen.

Bewerberbogen**1. AUSFÜLLHINWEISE FÜR DEN TEILNAHMEANTRAG UND FORMBLÄTTER**

- 1.1 Die Felder ☐ sind – soweit zutreffend – entsprechend anzukreuzen und – soweit hierfür ein Platzhalter vorgesehen ist – entsprechend zu ergänzen.
- 1.2 Die Leerfelder sind entsprechend auszufüllen.
- 1.3 Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „**Bewerber**“ in diesem Teilnahmeantrag und den Anlagen sowohl Einzelbewerber als auch Bewerbungsgemeinschaften gemeint.

2. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM BEWERBER**2.1 Erklärung bei Einzelbewerber**

Firma/ Name und Rechtsform	
Zur Vertretung des Bewerbers berech- tigte Person(en) (z. B. Geschäftsführer, Inhaber)	
Projektleiter/ An- sprechpartner	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	

2.2 Erklärung bei Bewerbergemeinschaften

Soll eine Bewerbergemeinschaft für die Ausschreibung gebildet werden?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja angekreuzt wurde:

Die Bewerbergemeinschaft erklärt mit den Unterschriften auf dem Teilnahmeantrag:

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Fall der Konzessionserteilung,
- dass alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Konzessionsgeber rechtsverbindlich vertritt und mit Geldempfangsvollmacht ausgestattet ist, und
- dass alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden²

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden³

Hinweis: Sollte die Bewerbergemeinschaft aus mehr als zwei Mitgliedern bestehen, kann an dieser Stelle eine Ergänzung des Formulars vorgenommen werden. Beispielsweise dergestalt, dass diese Seite dupliziert wird und die weiteren Mitglieder der Bewerbergemeinschaft auf der duplizierten Seite rechtsverbindlich unterschreiben.

² Vgl. Fußnote 1.

³ Vgl. Fußnote 1.

Mitglied 1 der Bewerbungsgemeinschaft (bevollmächtigter Vertreter gegenüber dem Konzessionsgeber)

Firma/ Name und Rechtsform	
Zur Vertretung des Mitgliedes berechnigte Person(en) (z. B. Geschäftsführer, Inhaber)	
Projektleiter/ Ansprechpartner	
Leistung	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	

Mitglied 2 der Bewerbungsgemeinschaft

Firma/ Name und Rechtsform	
Zur Vertretung des Mitgliedes berech- tigte Person(en) (z. B. Geschäftsführer, Inhaber)	
Projektleiter/ An- sprechpartner	
Leistung	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	

Mitglied der Bewerbergemeinschaft

Hinweis: Sollte die Bewerbergemeinschaft aus mehr als zwei Mitgliedern bestehen, ist für jedes weitere Mitglied ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Mitgliedes fortlaufend einzutragen.

Firma/ Name und Rechtsform	
Zur Vertretung des Mitgliedes berech- tigte Person(en) (z. B. Geschäftsführer, Inhaber)	
Projektleiter/ An- sprechpartner	
Leistung	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	

2.3 Erklärung zur Eignungsleihe

Erfolgt durch den Bewerber eine Eignungsleihe?

(Sofern der Bewerber die aufgestellten Eignungsanforderungen nicht selbst erfüllen kann, kann die Eignung eines Dritten herangezogen und hierfür auf dessen Kapazitäten/ Ressourcen zurückgegriffen werden (= Eignungsleihe)).

☐ Ja ☐ Nein

- Hinweise:**
1. *Bedient sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft eines Dritten und beruft er/ sie sich auf dessen technische, berufliche, wirtschaftliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit („Eignungsleihe“, z. B. für Referenzen), so sind die Dritten (z. B. als Nachunternehmer) entsprechend **zu benennen** und die die Eignungsleihe betreffenden Nachweise und Erklärungen gemäß Anlagen zu dem Teilnahmeantrag (ggf. entsprechende Seiten kopieren) in entsprechender Weise auch von dem Dritten, auf dessen Eignung sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft beruft, mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.*
 2. *Sofern sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf Ressourcen Dritter berufen möchte, muss er/ sie spätestens auf Verlangen des Konzessionsgebers nachweisen, dass ihm die Ressourcen des Dritten für die Konzessionsausführung in tatsächlich geeigneter Weise zur Verfügung stehen werden (**Verpflichtungserklärung**).*
 3. *Nimmt der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft die Kapazitäten anderer Unternehmen für die **berufliche** Leistungsfähigkeit in Anspruch, so muss dieses Unternehmen die **(Teil-)Leistung ausführen**, für die diese Kapazitäten benötigt werden.*
 4. *Beruft sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf die **finanzielle und wirtschaftliche** Leistungsfähigkeit Dritter, haben sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft und der Dritte gegenüber dem Konzessionsgeber zu verpflichten, im Falle der Konzessionsvergabe an den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft gemeinsam für die Konzessionsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe zu haften.*

Eignungsverleiher 1

Firma/ Name und Rechtsform	
Zur Vertretung des Eignungsverleihers berechtigte Person (z. B. Geschäftsfüh- rer, Inhaber)	
Bewerber/ Bewer- bergemeinschaft be- ruft sich auf	☐ berufliche Leistungsfähigkeit auszuführende Leistung:
	☐ technische Leistungsfähigkeit für folgende/s Eignungskriterium/ Eignungskriterien:
	☐ wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit für folgende/s Eignungskriterium/ Eignungskriterien:
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	

Eignungsverleiher ...

Hinweis: Sollte sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft mehr als eines Dritten bedienen und sich auf dessen Leistungsfähigkeit berufen, ist für jedes weitere Unternehmen ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Eignungsverleihers fortlaufend einzutragen.

Firma/ Name und Rechtsform	
Zur Vertretung des Eignungsverleihers berechtigte Person (z. B. Geschäftsfüh- rer, Inhaber)	
Bewerber/ Bewer- bergemeinschaft be- ruft sich auf	☐ berufliche Leistungsfähigkeit auszuführende Leistung:
	☐ technische Leistungsfähigkeit für folgende/s Eignungskriterium/ Eignungskriterien:
	☐ wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit für folgende/s Eignungskriterium/ Eignungskriterien:
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	

2.4 Erklärung zum Nachunternehmereinsatz

Erfolgt durch den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft der Einsatz von Nachunternehmern zur Ausführung der Konzession oder eines Teils davon?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja:

Der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft beabsichtigt, die Ausführung **folgender Teile der Konzession** den Nachunternehmern zu überlassen:

- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____

- Hinweise:**
1. Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbringen.
 2. Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 2.4** beizufügen.
 3. Auf Verlangen der Vergabestelle hat der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft die Nachunternehmer zu benennen, welche die oben aufgeführten Teile der Konzession ausführen werden und die entsprechenden Verpflichtungserklärung(en) vorzulegen, dass dem Bewerber/ der Bewerbergemeinschaft diese Nachunternehmer zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen dem Bewerber/ der Bewerbergemeinschaft und diesen Nachunternehmern bestehenden Verbindungen.

3. TEILNAHMEBEDINGUNGEN

3.1 Befähigung zur Berufsausübung

Nachfolgende Angaben betreffen:

☐ Einzelbewerber ☐ Mitglied Nr. _____ der Bewerbungsgemeinschaft ☐ Eignungsverleiher Nr. _____

- Hinweise:**
1. Mit dem Teilnahmeantrag sind nachfolgende Angaben zu machen bzw. Nachweise vorzulegen.
 2. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages **nicht älter als 12 Monate** sein, außer in den Vergabeunterlagen ist etwas anderes bestimmt.
 3. **Bei Bewerbungsgemeinschaften:** In diesem Abschnitt geforderte Erklärungen sind **von jedem Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft** separat zu anzugeben, geforderte Nachweise separat vorzulegen.
 4. **Bei Eignungsverleihe:** Beruft sich der Bewerber auf berufliche, technische, wirtschaftliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines Dritten, so hat er die in diesem Abschnitt geforderte Nachweise und Erklärungen **auch von diesem Unternehmen** mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.
 5. Diese Anlage kann für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und – wenn erforderlich (bei Eignungsverleihe) – jeden Dritten vervielfältigt werden und ist von diesen auszufüllen.
 6. Der Konzessionsgeber behält sich vor, die Bestätigung der gemachten Angaben durch weitergehende Nachweise zu verlangen.
 7. Der Konzessionsgeber behält sich die Anforderung eines aktuellen Auszugs aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a Gewerbeordnung vor.
 8. Sofern sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung auf Ressourcen Dritter beruft, muss er spätestens auf Verlangen des Konzessionsgebers nachweisen, dass ihm die Ressourcen des Dritten für die Konzessionsausführung in tatsächlich geeigneter Weise zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung).

3.1.1 Nachweis über aktuell gültige Eintragung in ein Berufsregister und/oder Handelsregister gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 26. Februar 2014

- ☐ Handelsregistrauszug
- ☐ Ich bin/ wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet. Der Nachweis über aktuell gültige Eintragung in ein Berufsregister wird erbracht durch:
 - ☐ Mitgliedsbescheinigung der IHK
 - ☐ Eintragung in die Handwerksrolle
 - ☐ _____

- Hinweise:**
1. Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit nicht ausreichend sein, kann dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbracht werden.
 2. Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.1.1** beizufügen.

3.1.2 Kurze Unternehmensdarstellung (insbesondere Gesellschaftsstruktur, evtl. Konzernzugehörigkeit bzw. wirtschaftliche Verflechtung, Geschäftsfelder)

Die geforderte kurze Unternehmensdarstellung erfolgt in einem gesonderten und vom Bewerber/Eignungsverleiher zu erstellenden Dokument, das nicht mehr als zwei DIN-A4-Seiten umfassen sollte. Die Unternehmensdarstellung soll insbesondere beinhalten:

- Gesellschaftsstruktur
- ggf. Konzernzugehörigkeit mit Konzernstruktur
- wirtschaftliche Verflechtungen
- Geschäftsfelder des Unternehmens

Hinweis: Die Unternehmensdarstellung ist dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.1.2** beizufügen.

3.1.3 Eigenerklärung, dass in der Person des Bewerbers keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen

(a) Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher erklärt, dass keine Person, deren Verhalten dem Bewerber/ Eignungsverleiher zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- §§ 129, 129a oder 129b des Strafgesetzbuches,
- § 89c des Strafgesetzbuches oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuches zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuches,
- § 263 des Strafgesetzbuches, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuches, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- §§ 299, 299a und 299b des Strafgesetzbuches,
- § 108e oder 108f des Strafgesetzbuches,
- §§ 333 oder 334 des Strafgesetzbuches, jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuches,
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung oder
- §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5 oder den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im oben benannten Sinne stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ein Verhalten einer Person ist einem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ einem Nachunternehmer zuzurechnen, wenn diese Person, als für die Leitung des Bewerbers/ Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft/ Nachunternehmers Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden⁴

Hinweise: 1. Sollte der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher die vorstehende Erklärung nicht abgeben können, sind die Gründe hierfür nachfolgend kurz zu erläutern:

2. Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ den Eignungsverleiher nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbringen. Diese sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.1.3 a)** beizufügen.

⁴ Vgl. Fußnote 1.

- (b) Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher erklärt, dass keiner der folgenden Ausschlussgründe in seinem Unternehmen vorliegt: der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher
- ist seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt,
 - hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Bewerbers/ des Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft/ des Nachunternehmer ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden,
 - befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - oder eine Person, die für das den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ den Nachunternehmer verantwortlich handelt, hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Bewerbers/ des Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft/ des Nachunternehmers infrage gestellt wird. Schwere Verfehlungen in diesem Sinne können beispielweise rechtskräftige Verurteilungen mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen sowie Geldbußen von mehr als 2.500,00 € wegen §§ 242, 246, 253, 266, 267, 268, 283 bis 283d, 298 StGB darstellen.
 - hat Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
 - hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
 - hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte,

- hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden⁵

Hinweise: 1. *Sollte der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher die vorstehende Erklärung nicht abgeben können, sind die Gründe hierfür nachfolgend kurz zu erläutern:*

2. *Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ den Eignungsverleiher nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbringen. Diese sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.1.3 b)** beizufügen.*

⁵ Vgl. Fußnote 1.

3.1.4 Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 AEntG, 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzarbG und § 22 LkSG vorliegen

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher erklärt, dass kein Ausschlussgrund gemäß

- § 21 AEntG,
- § 98c AufenthG,
- § 19 MiLoG
- § 21 SchwarzarbG und/oder
- § 22 LkSG

vorliegt.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden⁶

Hinweise: 1. *Sollte der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher die vorstehende Erklärung nicht abgeben können, sind die Gründe hierfür nachfolgend kurz zu erläutern:*

2. *Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ den Eignungsverleiher nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbringen. Diese sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.1.4** beizufügen*

⁶ Vgl. Fußnote 1.

3.1.5 Eigenerklärung zum Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung vom 21. Mai 2025 Sanktionen gegen Russland

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Eignungsverleiher erklärt:

- Die Bewerber gehören nicht zu den zu den **in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung vom 21. Mai 2025** des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers, die Ansässigkeit in Russland (natürliche Personen) oder die Niederlassung des Bewerbers in Russland
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/ Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen, Unternehmen, Organisationen oder Einrichtungen auf die die Kriterien der Buchstaben a) und/ oder b) zutrifft.
- Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt und die zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift zählen.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden⁷

⁷ Vgl. Fußnote 1.

Artikel 5 k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung vom 21. Mai 2025 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und der Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

3.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Nachfolgende Angaben betreffen:

☐ Einzelbewerber ☐ Mitglied Nr. _____ der Bewerbungsgemeinschaft ☐ Eignungsverleiher Nr. _____

- Hinweise:**
1. Mit dem Teilnahmeantrag sind nachfolgende Angaben zu machen bzw. Nachweise vorzulegen.
 2. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages **nicht älter als 12 Monate** sein, außer in den Vergabeunterlagen ist etwas anderes bestimmt.
 3. **Bei Bewerbungsgemeinschaften:** In diesem Abschnitt geforderte Erklärungen und Nachweise sind von jedem Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft separat abzugeben und vorzulegen, **wenn dies für die jeweilige Erklärung/jeweiligen Nachweis verlangt ist.**
 4. **Bei Eignungsverleihe:** Beruft sich der Bewerber auf berufliche, technische, wirtschaftliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines Dritten, so hat er die Nachweise und Erklärungen – **nur soweit dies für die Eignungsverleihe erforderlich ist** – auch von dem Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.
 5. Der Konzessionsgeber behält sich vor, die Bestätigung der gemachten Angaben durch weitergehende Nachweise zu verlangen.
 6. Ein Bestand des Unternehmens seit 3 Jahren ist keine Voraussetzung für die Bewerbung. Für Unternehmen, die weniger als 3 Jahre bestehen, sind die Erklärungen jeweils nur bezogen auf die bislang abgeschlossenen Geschäftsjahre abzugeben.
 7. Erfolgt die Bewerbung in Form einer Bewerbungsgemeinschaft und/ oder im Fall der Eignungsverleihe, sind die Umsätze für alle Bewerber/ Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft bzw. Eignungsverleiher für einheitliche Jahre anzugeben. Haben ein oder mehrere Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft bzw. die Eignungsverleiher unterschiedliche Geschäftsjahresenden, sind dennoch einheitliche Geschäftsjahre zu wählen und notfalls der Umsatz anhand der vorläufigen Zahlen anzugeben. Dies ist entsprechend kenntlich zu machen.

8. *Diese Anlage kann für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und – wenn erforderlich (bei Eignungsleihe) – jeden Eignungsverleiher vervielfältigt werden und ist von diesen auszufüllen.*
9. *Beruft sich der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Dritter haben sich der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft und der Dritte gegenüber dem Konzessionsgeber zu verpflichten, im Falle der Konzessionsvergabe an den Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft gemeinsam für die Konzessionsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe zu haften.*

3.2.1 Eigenerklärungen über den Netto-Gesamtumsatz des Bewerbers/ Eignungsverleihers der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

Geschäftsjahr			
Gesamtumsatz			

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden⁸

⁸ Vgl. Fußnote 1.

3.2.2 Eigenerklärungen über den spezifischen Netto-Umsatz des Bewerbers/ Eignungsverleihers der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre für Leistungen, die mit dem Konzessionsgegenstand vergleichbar sind

Geschäftsjahr			
Spezifischer Umsatz			

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden⁹

3.2.3 Nachweis des Versicherungsschutzes

- Hinweise:**
1. *Der Nachweis des Versicherungsschutzes ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft separat vorzulegen und die entsprechenden Erklärungen sind von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.*
 2. *Sollte die nachfolgende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber zur Darstellung des geforderten Versicherungsschutzes nicht ausreichend sein, kann der Bewerber dies durch weitere Erklärungen erbringen.*
 3. *Die Maximierung der Ersatzleistungen muss mindestens das 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr betragen. Der Nachweis des Versicherungsschutzes kann durch eine Bestätigung der Versicherung (z. B. in Form einer Kopie der Versicherungspolice) geführt werden, die zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages nicht älter als 12 Monate sein darf, außer in den Vergabeunterlagen ist etwas anderes bestimmt. Bei Nichtbestehen oder Unterschreitung der geforderten Versicherung sind mit dem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung des Bewerbers **und** eine Erklärung des Versicherers einzureichen, dass im Fall*

⁹ Vgl. Fußnote 1.

der Konzessionserteilung der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen besteht.

4. *Sämtliche Unterlagen zur Darstellung des geforderten Versicherungsschutzes, die nicht in Eigenerklärungen des Bewerbers bestehen, sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.2.3** beizufügen.*

Der Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit den Deckungssummen in Höhe von

- 5.000.000,- € für Personenschäden
- 2.000.000,- € für Sach- und Vermögensschäden sowie ggf. sonstige Schäden

sowie die Maximierung der Ersatzleistungen auf das 2-fache der vorbenannten Deckungssummen wird erbracht durch:

- ☐ Kopie der Versicherungspolice
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ Erklärung des Versicherers, dass im Fall der Konzessionserteilung der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen besteht (Deckungsbestätigung).

Der Bewerber erklärt, dass im Fall der Konzessionserteilung der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen bestehen wird. Im Fall der Konzessionserteilung (vor Zuschlagserteilung) wird der bestehende Versicherungsschutz unverzüglich und unaufgefordert nachgewiesen. Der Bewerber erklärt, dass durch Vorlage der Kopie der Versicherungspolice oder sonstigen vorgelegten Dokumenten nachgewiesene Versicherungsverhältnisse zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrages nach wie vor bestehen bzw. nicht gekündigt sind.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden¹⁰

¹⁰ Vgl. Fußnote 1.

3.2.4 Eigenerklärung, dass des Bewerbers die geltenden fördermittelrechtlichen Bestimmungen während der ganze Phase des Projektes einhalten wird

Der Bewerber erklärt, dass er die einschlägigen fördermittelrechtlichen Bestimmungen für das Projekt (vgl. **Anlage D** zum 1. Verfahrensbrief) und die ihm hieraus erwachsenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen hat und diese im Rahmen des Vergabeverfahrens und im Fall der Konzessionserteilung einhalten wird. Dem Bewerber ist bekannt, dass eine Nichteinhaltung der fördermittelrechtlichen Bestimmungen zu einer Rückforderung der bewilligten und ausgezahlten Fördermittel durch den Zuwendungsgeber führen und einen Regressanspruch des Konzessionsgebers gegenüber dem Bewerber begründen kann.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden¹¹

Hinweise: 1. *Sollte der Bewerber die vorstehende Erklärung nicht abgeben können, sind die Gründe hierfür nachfolgend kurz zu erläutern:*

2. *Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber nicht ausreichend sein, kann der Bewerber dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbringen. Diese ist dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.2.4** beizufügen.*

¹¹ Vgl. Fußnote 1.

3.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Nachfolgende Angaben betreffen:

☐ Einzelbewerber ☐ Mitglied Nr. _____ der Bewerbungsgemeinschaft ☐ Eignungsverleiher Nr. _____

- Hinweise:**
1. Mit dem Teilnahmeantrag sind nachfolgende Angaben zu machen bzw. Nachweise vorzulegen.
 2. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages **nicht älter als 12 Monate** sein, außer in den Vergabeunterlagen ist etwas anderes bestimmt.
 3. **Bei Bewerbungsgemeinschaften:** In diesem Abschnitt geforderte Erklärungen sind von jedem Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft separat abzugeben, geforderte Nachweise separat vorzulegen, **wenn dies für die jeweilige Erklärung/ den jeweiligen Nachweis verlangt ist.**
 4. **Bei Eignungsverleihe:** Beruft sich der Bewerber auf berufliche, technische, wirtschaftliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines Dritten, so hat er die Nachweise und Erklärungen – **nur soweit dies für die Eignungsverleihe erforderlich ist** – auch von dem Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Nimmt der Bewerber die Kapazitäten anderer Unternehmen für die berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch, so muss dieses Unternehmen die (Teil-)Leistung ausführen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.
 5. Der Konzessionsgeber behält sich vor, die Bestätigung der gemachten Angaben durch weitergehende Nachweise zu verlangen.
 6. Ein Bestand des Unternehmens seit 3 Jahren ist keine Voraussetzung für die Bewerbung. Für Unternehmen, die weniger als 3 Jahre bestehen, sind die Erklärungen jeweils nur bezogen auf die bislang abgeschlossenen Geschäftsjahre abzugeben.
 7. Diese Anlage kann für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und – wenn erforderlich (bei Eignungsverleihe) – jeden Eignungsverleiher vervielfältigt werden und ist von diesen auszufüllen.

3.3.1 Referenzen: Tabellarische Referenzaufstellung der Referenzen der letzten vier Jahre im Hinblick auf den ausgeschriebenen Leistungsgegenstand, jeweils unter konkreter Benennung des Auftrags-/ Konzessionsgebers nebst ggf. Ansprechpartner und dessen Erreichbarkeit, des Auftrags-/ Konzessionsgegenstandes und der Laufzeit

- Hinweise:**
1. *Für die Vorlage weiterer Referenzen, ist für jede weitere Referenz ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer der Referenz fortlaufend einzutragen.*
 2. *Es wird gebeten, sich bei der Einreichung auf mit der hier ausgeschriebenen Konzession möglichst vergleichbare Referenzen zu beschränken.*
 3. *Sollte die nachfolgende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber/ Eignungsverleiher zur Darstellung der Referenzen nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ Eignungsverleiher diese durch weitere oder andere Darstellungen erbringen, die mit der vorgegebenen Form vergleichbar sind. Die Referenzdarstellung sollte in diesem Fall nicht mehr als zwei DIN-A4-Seiten umfassen und ist dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.3.1** beizufügen.*

Referenz 1	
Bezeichnung des Referenzprojektes und Ort	
Name des Auftrag-/ Konzessionsgebers mit Adresse und ggf. Ansprechpartner sowie dessen Erreichbarkeit/ Kontaktdaten (entfällt bei Eigenausbau)	
Auftrags-/ Konzessionsgegenstand	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Kurze Beschreibung der erbrachten Leistungen, insbesondere hinsichtlich des Leistungsumfanges einschließlich Anzahl der Anschlussnehmer	



Referenz 2	
Bezeichnung des Referenzprojektes und Ort	
Name des Auftrag-/ Konzessionsgebers mit Adresse und ggf. Ansprechpartner sowie dessen Erreichbarkeit/ Kontaktdaten (entfällt bei Eigenausbau)	
Auftrags-/ Konzessionsgegenstand	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Kurze Beschreibung der erbrachten Leistungen, insbesondere hinsichtlich des Leistungsumfanges einschließlich Anzahl der Anschlussnehmer	

Referenz _____	
Bezeichnung des Referenzprojektes und Ort	
Name des Auftrag-/ Konzessionsgebers mit Adresse und ggf. Ansprechpartners sowie dessen Erreichbarkeit/ Kontaktdaten (entfällt bei Eigenausbau)	
Auftrags-/ Konzessionsgegenstand	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Kurze Beschreibung der erbrachten Leistungen, insbesondere hinsichtlich des Leistungsumfanges einschließlich Anzahl der Anschlussnehmer	

3.3.2 Eigenerklärung über die Zahl der in den letzten 3 Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte; gegliedert nach Berufsgruppen unter Angabe der Qualifikation

	Anzahl Mitarbeiter (jährliches Mittel)		
Geschäftsjahr			
Beschäftigte (insgesamt)			
Führungskräfte			
Kaufmännische Angestellte			
Ingenieure (Planung/Errichtung/Betrieb)			
Sonstige Mitarbeiter (Planung/Errichtung/Betrieb)			

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden¹²

Hinweise:

*Sollte der vorstehende Darstellungsmöglichkeit für die Angaben nicht ausreichend sein, kann Bewerber diese durch weitere oder andere Darstellungen erbringen, die mit der vorgegebenen Form vergleichbar sind. Die Darstellung umfasst in diesem Fall nicht mehr als zwei DIN-A4-Seiten und ist dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.3.2** beizufügen.*

¹² Vgl. Fußnote 1.

3.3.3 Nachweis über das Vorliegen einer Meldebestätigung nach § 5 Telekommunikationsgesetz (TKG) oder Nachweis, dass der Bewerber die Voraussetzungen zur Erlangung einer entsprechenden Bescheinigung erfüllt bzw. erfüllen kann

☐ Meldebestätigung nach § 5 TKG

☐ _____

☐ _____

- Hinweise:**
1. Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber/ Eignungsverleiher nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ Eignungsverleiher dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbringen.
 2. Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.3.3** beizufügen.
 3. Dieser Nachweis kann zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages auch älter als **12 Monate** sein.
 4. Sofern sich eine Bewerbergemeinschaft hinsichtlich des Nachweises über das Vorliegen einer Meldebestätigung nach § 5 TKG oder eines Nachweises, dass die Bewerbergemeinschaft die Voraussetzungen zur Erlangung einer entsprechenden Bescheinigung erfüllt bzw. erfüllen kann, nur auf eines ihrer Mitglieder beruft (Eignungsleihe), sind die entsprechenden Nachweise nur von diesem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzureichen bzw. Angaben zu machen.

3.3.4 Nachweis über die Übertragung der Nutzungsberechtigung von Wegen im Projektgebiet gemäß § 125 TKG oder Nachweis, dass der Bewerber die Voraussetzungen zur Erlangung einer entsprechenden Bescheinigung erfüllt bzw. erfüllen kann

- ☐ Bescheinigung der Bundesnetzagentur über die Übertragung der Nutzungsberechtigung von Wegen im Projektgebiet gemäß § 125 TKG
- ☐ _____
- ☐ _____

- Hinweise:**
1. Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber/ Eignungsverleiher nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ Eignungsverleiher dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbringen.
 2. Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.3.4** beizufügen.
 3. Dieser Nachweis kann zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages auch älter als **12 Monate** sein.
 4. Sofern sich eine Bewerbergemeinschaft hinsichtlich des Nachweises über die Übertragung der Nutzungsberechtigung von Wegen im Projektgebiet gemäß § 125 TKG oder eines Nachweises, dass die Bewerbergemeinschaft die Voraussetzungen zur Erlangung einer entsprechenden Bescheinigung erfüllt bzw. erfüllen kann, nur auf eines ihrer Mitglieder beruft (Eignungsleihe), sind die entsprechenden Nachweise nur von diesem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzureichen bzw. Angaben zu machen.

3.3.5 Eigenerklärung bzgl. Infrastrukturatlas

Der Bewerber erklärt, dass er der Bundesnetzagentur (BNetzA) alle erforderlichen Daten zu einer vorhandenen Infrastruktur für den Infrastrukturatlas zur Verfügung gestellt hat oder stellen wird, um es anderen Bewerbern zu ermöglichen, die betreffende Breitbandinfrastruktur in ihr Angebot einzubeziehen. Ferner erklärt der Bewerber, dass er sich über das zentrale Online-Portal einverstanden erklärt hat, die vorhandenen Infrastrukturdaten im Infrastrukturatlas des Bundes sowie die dafür neu bereitgestellten Informationen zur Nutzung im Auswahlverfahren freizugeben und der Weitergabe dieser Information über Bestandsinfrastruktur an andere Bieter durch die Bewilligungsbehörde zugestimmt hat.

Ort, Datum

Name/n des/ der Erklärenden¹³

Hinweise: 1. *Diese Bedingung dient der Umsetzung der Vorgabe aus Rn. 78 lit. f) der Breitbandleitlinien der EU (2013/C 25/01).*

2. *Sollte der Bewerber die vorstehende Erklärung nicht abgeben können, sind die Gründe hierfür nachfolgend kurz zu erläutern:*

3. *Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit für den Bewerber nicht ausreichend sein, kann der Bewerber dies durch weitere oder andere geeignete Erklärungen erbringen. Diese ist dem Teilnahmeantrag als **Anlage 3.3.5** beizufügen.*

¹³ Vgl. Fußnote 1.

4. Anlagen zum Teilnahmeantrag

Dem Teilnahmeantrag sind folgende Anlagen beigefügt:

- ☐ **Anlage 3.1.1** – Handelsregistrauszug/ Berufsregistrauszug etc.
- ☐ **Anlage 3.1.2** – Unternehmensdarstellung
- ☐ **Anlage 3.1.3 a)** – ergänzende Darstellung zur Eigenerklärung 3.1.2 a)
- ☐ **Anlage 3.1.3 b)** – ergänzende Darstellung zur Eigenerklärung 3.1.2 b)
- ☐ **Anlage 3.1.4** – ergänzende Darstellung zur Eigenerklärung 3.1.4
- ☐ **Anlage 3.2.3** – Versicherungsschutz
- ☐ **Anlage 3.2.4** – ergänzende Darstellung zur Eigenerklärung 3.2.4
- ☐ **Anlage 3.3.1** – ergänzende Darstellung zu Referenzen
- ☐ **Anlage 3.3.2** – Angaben zu den Beschäftigten
- ☐ **Anlage 3.3.3** – Meldebestätigung nach § 5 TKG
- ☐ **Anlage 3.3.4** – Nachweis über die Übertragung der Nutzungsberechtigung von Wegen im Projektgebiet gemäß § 125 TKG
- ☐ **Anlage 3.3.5** – ergänzende Darstellung zur Eigenerklärung 3.3.5

5. Unklarheiten

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/ der Bewerbungsgemeinschaft Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, welche Anforderungen, Inhalt und Vollständigkeit des Teilnahmeantrages betreffen, so hat der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft den Landkreis Zwickau umgehend darauf hinzuweisen. Vorgenannte Hinweise sind unmittelbar an die oben genannte Kontaktstelle zu richten.

6. Rechtliche Hinweise

- 6.1 Bitte beachten Sie, dass die Vergabekammer Sachsen und das Oberlandesgericht Dresden der Rechtsmeinung sind, dass ein Vergabenachprüfungsverfahren unzulässig ist, da bei der Art der zu vergebenden Konzession die Bereichsausnahme des § 149 Nr. 8 GWB vorliegt.

Sofern die Bewerber der Rechtsansicht der Vergabekammer Sachsen und des Oberlandesgerichtes folgen, sind für Rechtsbehelfe gegen das Verfahren die Zivilgerichte zuständig (andere Ansicht VG Dresden, Beschluss vom 18.08.2022 – 4 L 433/22).

- 6.2 Sofern die Bewerber anderer Rechtsansicht sind und ein Vergabenachprüfungsverfahren für zulässig erachten, gelten folgende Hinweise:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung gestellt wird (§ 168 Abs. 2 S. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Konzessionsgebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

7. Keine Entschädigung

Die Bewerber erhalten für ihre Aufwendungen im Verfahren keine Entschädigung. Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen.

8. Urheberrechtsschutz an den Verfahrensunterlagen

Sämtliche Vergabeunterlagen sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwendung dieser Unterlagen oder teilen hiervon außerhalb dieses Vergabeverfahrens ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Grimmaische Straße 25 in 04109 Leipzig zulässig.